

... und die Bürgerbewegungen

Zu den Forderungen, auf die sich die im September/Oktober neu gegründeten Parteien und Bürgerrechtsgruppen konzentrierten, gehörte nicht die Organisation der „Wende“ in den Betrieben der DDR. Zwar gab es in jedem ihrer Programme auch immer einen „wirtschaftspolitischen“ Abschnitt, in dem über zukünftige Formen des Eigentums oder die Rolle der Betriebe in der Gesamtwirtschaft nachgedacht wurde – das eigentliche Handlungsfeld aber blieb der außerbetriebliche Raum. Um diese Leerstelle zu füllen, bildeten sich im November '89 Gruppen innerhalb verschiedener Bürgerbewegungen, die sich ausschließlich mit der „Wende“ im Betrieb und der Situation der Belegschaften beschäftigten. Sie traten mit Aufrufen und Forderungen an die Öffentlichkeit.



AUFRUF
Kolleginnen und Kollegen!

Was hat der FDGB in 40 Jahren für uns getan?
Hat er die Frage der Arbeitszeitverkürzung als ständige Forderung an die Betriebsleitungen gestellt? Warum hat er nicht die 40-Stunden-Woche mit uns erkämpft?

Hat er dafür gesorgt, daß unsere Löhne der schleichenden Inflation angepasst werden? Warum sind nicht ständige Tarifverhandlungen über Lohnerhöhungen geführt worden?

So stehen die Funktionäre des FDGB, wenn in unserem Betrieb neue Normen eingeführt werden! Auf unserer Seite? Verbünden sie die Normen, bevor nicht klar ist, daß wir auch entsprechend bezahlt werden?

Wie kann der FDGB als unser angeblicher Interessenvertreter es zulassen, daß wir im Durchschnitt 10 Tage wackler Urlaub haben wie unsere Kollegen im Westen?

Hat der FDGB sich für die Herabsetzung des Rentenalters stark gemacht?

Haben wir schon mal erlebt, daß die Betriebsgewerkschaftsleitung den staatlichen Plan in unserem Interesse nicht akzeptiert? Haben wir überhaupt schon mal erlebt, daß die Gewerkschaft etwas gegen den Staat und die Partei für uns durchsetzt?

40 Jahre ohne eigene Interessenvertretung sind genug!
Wir dürfen uns nicht mehr organisieren lassen, auch nicht von „Heilen Hämmern“ – wir müssen uns selbst organisieren.
Die nächsten Jahre werden für uns kein Zuckerschlecken. Die Daumenschrauben sollen angezogen werden. Die Preise werden steigen, die Löhne kaum. Wenig Subventionen wegfallen, trifft vor allem uns. Der Staat fordert Leistung, bald wird er mit Entlassung drohen. Wir sollen die Karte aus dem Dreieck ziehen!
Wenn der Lebensstandard für die meisten von uns nicht erheblich sinken soll, brauchen wir eigene Interessenvertretungen.

- Beruft Vollversammlungen ein und fordert Rechenschaft von der Betriebsgewerkschaftsleitung
- Erkennt Kollegen aus euren eigenen Reihen zu Sprechern
- Laßt diese Kollegen eure Forderungen an die Betriebsleitungen stellen
- Stellt euch hinter diese Kollegen, wenn sie Schwierigkeiten bekommen
- Macht die Ergebnisse sofort öffentlich, das schützt vor Repressionen
- Sucht den Kontakt zu Kollegen in anderen Betrieben
- Gründet unabhängige Gewerkschaften!

Kontaktbüro „Initiative für unabhängige Gewerkschaften“ im Klub Central-Benalla-Str. 1, Berlin 1066, Telefon: 437 67 24 ab 16. 11. Mittwoh 17.00 - 19.00 und Montag 19.00 - 21.00 Uhr.

WÄHLT RÄTE IN DEN BETRIEBEN

Die Betriebsräte wurden während der November-Revolution durch die deutschen Arbeiter erkämpft. Nachdem mit der Machtergreifung der Faschisten die Betriebsräte aufgelöst wurden, bildeten sie sich 1945 wieder neu und erfüllten wichtige Aufgaben bei dem Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft, bei der Interessenvertretung der Arbeiter und bei der Zerschlagung der faschistischen Machtstrukturen. Bis 1960 wurden die Betriebsräte in unserer Gesellschaft erneut abgeschafft, um den administrativ-kommandierenden Leitungsstil auch in der Wirtschaft voll durchsetzen zu können.

Betrachten wir unsere heutige Situation:
Die Wirtschaft der DDR wurde durch immer wieder neue Erfolgsmeldungen und die Mißachtung des gesunden Verstandes der arbeitenden Menschen ruiniert. Mit der neuen Selbständigkeit der Betriebe sehen die Leiter die Chance, endlich eine uneingeschränkte Macht zu erlangen. Der Ruf nach westlichem Kapital und schmutziger Rationalisierung erntet immer lauter. Wir fragen uns, wird das auf Kosten der Belegschaft erfolgen? Die Interessenvertretung durch die Gewerkschaft war früher nicht gegeben und ist jetzt durch die Zersplitterung der Kräfte gelähmt. Kollegen, laßt Euch nicht weiter an der Nase herumführen, ihr müßt jetzt die Verantwortung für den ganzen Betrieb, für sein gutes Funktionieren übernehmen.

Wie ist das zu tun?

1. In unseren Betrieben sind ohne Zeitverzug Räte zu wählen. Konkret könnte das so erfolgen, daß die Arbeitskollektive in Vollversammlungen ihre Vertreter benennen. Oder die Vertrauensleutevollversammlung wählt aus ihrer Mitte heraus durch Hinzuziehung aktiver Werktätiger einen solchen Rat. Wichtig ist, daß alle Werktätigen, damit auch alle politischen Strömungen im Betrieb vertreten sind und daß im Betriebsrat die nötige Sachkunde vorhanden ist. In den Betrieben Bergmann-Borsig Berlin, Fritz-Hackert Karl-Marx-Stadt, im Tierpark Berlin arbeiten bereits solche Räte. Sie heißen Sprecherrat, Arbeiterrat oder Betriebsrat.
2. Es ist erforderlich, zur Verwirklichung der demokratischen Rechte der Belegschaft Rechenschaft über die gegenwärtige Lage und die Entwicklung in den letzten Jahren von der Leitung zu fordern. Durch den Betriebsrat ist das kritisch zu prüfen und es sind Stützbedingungen zu nötigen Veränderungen zu ziehen. Dabei sind alle Möglichkeiten zur Information aller Werktätigen, zur Erreichung einer großen Offenheit zu nutzen.
3. In der nächsten Zeit sollte sich der Betriebsrat zu einem Kontrollorgan der Betriebsleitung entwickeln, das dafür sorgt, daß über alle wesentlichen Fragen wie z. B. Investitionen, Veränderungen der Erzeuger-Strukturen, Kontrolle der Verhandlungen mit ausländischem Kapital, Verbesserung der Lebensbedingungen demokratisch durch Einbeziehung aller Werktätigen entschieden wird. So würden die Betriebsräte zu einem wichtigen ersten Schritt in Richtung der Machtausübung durch die Werktätigen selbst.

Betriebsgruppe der Initiative für eine Vereinigte Linke
Reiner Blum (Kombinat Ausbau Tel. 6253152)
Wolfgang Huth (KWO Tel. 6332303)
Werner Jahn (Deutsche Post ORZ) 1035 Gabriel-Max-Str. 19 Seitenfl.
Frank Tübner (WF Tel. 63832862)

Lediglich die *Initiative für unabhängige Gewerkschaften* (IUG) war bereits Ende Oktober als separate Gruppe entstanden. Sie war angetreten, eine erhoffte und erwartete basisdemokratische Bewegung für neue Interessenvertretungen zu unterstützen.

Die Betriebsaktiven aller Gruppen versuchten, mit betrieblichen Forderungen und Handlungsoptionen für Belegschaften in die politische Entwicklung einzugreifen. Da sich die Opposition in der DDR kaum darüber verständigt hatte, welche Richtung eine demokratische Erneuerung im Betrieb nehmen müsste, konnte sie im Herbst '89 auf keinerlei Vorarbeit zurückgreifen. Ein Meinungsbildungsprozess musste nun rasch und gedrängt durch die Ereignisse nachgeholt werden: War der FDGB zu reformieren? Wie ist die Stimmung in den Betrieben? Wie könnte eine unabhängige Interessenvertretung aussehen? Sollten Betriebsräte oder unabhängige Gewerkschaftsgruppen in den Betrieben gegründet werden?

Für einen notwendigen Meinungsstreit aber blieb keine Zeit. Zudem galt: die Aktionen blieben isoliert, es kam zu keiner übergreifenden Vernetzung und Abstimmung. Für ihre konsequent basisdemokratische Orientierung fanden weder die

Betriebsaktivisten noch die entsprechenden Gruppen in den Bürgerbewegungen eine gesellschaftliche Kraft, die sie unterstützte. Im Gegenteil: häufig wurden sie als Utopisten belächelt oder als „Spalter“ beschimpft.

Die Betriebsgruppen in den Bürgerbewegungen, die *Initiative für eine unabhängige Gewerkschaft* und andere Gruppen hatten zwar in wenigen Wochen ein Netz von Kontakten zu KollegInnen in Hunderten von Betrieben aufgebaut, waren aber über eine erste Stufe der Meinungsbildung: „Was tun?“ nicht hinausgekommen.

Wie in der gesamten Gesellschaft zerfiel auch in den Betrieben die Gemeinsamkeit des Aufbruchs zusehends und machte einem pragmatischen Sich-zurecht-finden in den Strukturen der Bundesrepublik Platz. Für die Belegschaften hieß das, sich mit dem Betriebsverfassungsgesetz der Bundesrepublik vertraut zu machen. Die ersten Betriebsratswahlen fanden bereits im Juli 1990 statt und waren wenige Monate später abgeschlossen.

Dennoch: Ihr Engagement im Herbst '89 hatte die Betriebsaktiven gut auf die neue Situation eingestimmt. Ihre Kritik von damals machte sie „fit“ für eine Kritik an den neuen Zuständen. Aber auch jene Kolleginnen und Kollegen, die mit großen Erwartungen den Westgewerkschaften beigetreten waren, sahen sich nicht selten enttäuscht. Ob diese Enttäuschung einmal zur Ablehnung von Stellvertreterpolitik und einem Wiederaufleben eines basisdemokratischen Engagements führen wird, bleibt abzuwarten.